

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 3

62. Jahrgang

Juli/August/September 2022

Erfolgreiche GfP-Tagung

Nach einer über vierjährigen Pause gelang es der GfP, wieder einen Kongreß abzuhalten – und zwar wie zuletzt im grünen Herz Deutschland, in Thüringen. Gut 80 Personen aus allen Teilen der Republik fanden sich im letzten Septemberwochenende am Rennsteig nahe Eisenach ein. Den Wünschen vieler Mitglieder entsprechend, war der Vorstand versucht, ein Hotel zu finden, das mehr Service bietet als unsere Behausung der vergangenen Jahre. Und es gelang! Obwohl die Hotelmiete sehr hoch war, wagte der Vorstand den Schritt und sagte zu. Um ein Kommen möglichst vieler Freunde und Mitglieder der GfP zu ermöglichen, wurden die Preise für Hotelzimmer und Tagungspauschale eher niedrig gehalten. Trotz der recht kurzfristigen Einladung war die Resonanz gut. An alte Zeiten wie vor 15 Jahren und mehr, als man noch mehrere hundert Gäste zu Jahrestagungen begrüßen konnte, ist wohl kaum mehr anzuknüpfen. Dies hängt auch mit der Altersstruktur zusammen. Die GfP braucht daher jungen Nachwuchs!

Nach der Mitgliederversammlung am Freitagabend, bei der der Vorstand um einige Beisitzer erweitert wurde, fand der gemütliche Ausklang in den repräsentativen Gasträumen des Hotels statt. Mit Rücksicht auf das Personal war gegen 1 Uhr Zapfenstreich. Der Kongreß wurde dann am Samstagvormittag durch den Vorsitzenden eröffnet. Unter der Leitung von Frau Nickel gab es eine Bücherschau, bei der Neuerscheinungen – nicht nur solche aus dem eigenen Klosterhausverlag – vorgestellt wurden. Natürlich wurde auch auf die letzten Veröffentlichungen der Referenten hingewiesen. Kurze Lesungen aus verschiedenen neuen Werken rundeten die kurzweilige Bücherschau ab.

Reich als Mythos

Den Auftakt des Vortragsreigens machte der in nationalen Kreisen bekannte Rechtsanwalt Wolfram Nahrath. In seinem Referat mit dem Titel »Vom Reich als Mythos« ging er auf die heilsgeschichtliche Bedeutung des Wortes »Reich« ein. Ein solches unterscheidet sich elementar von einem schnöden Staat, zu dem die eigenen Bürger zumeist ein nüchtern-distanziertes Verhältnis hätten. Reiche sind



Wolfram Nahrath



Dubravko Mandic

oft supranationale Gebilde – wie etwa die Habsburger k.u.k. Monarchie –, an deren Spitze ein Monarch oder anderer autokratischer Herrscher steht. Die Identifikation der Bürger mit diesem Staatswesen erfolgt häufig über das Staatsoberhaupt und dessen politische und gesellschaftliche Agenda. Für das deutsche Volk gelte es, die Vision vom Reich als Kristallisationspunkt wachzuhalten.

Den zweiten Vortrag hielt der ehemalige AfD-Politiker **Dubravko Mandic**. Der Freiburger Rechtsanwalt beleuchtete zentrale Fragen der Politik sowie das Innenleben der AfD. Die junge Rechtspartei ist noch immer keine homogene Gruppe, sondern besteht vielmehr aus Westverbänden und einem Ostflügel. Wirkliche Veränderungen seien von den meisten AfD-Westpolitikern kaum zu erwarten. Statt Konfrontation mit dem politischen Gegner sei oftmals pragmatische Politik angesagt, um nicht weiter ausgegrenzt zu werden. Ferner dominiere nicht selten die Auseinandersetzung untereinander, vor allem wenn es um Posten und Pfründe geht. Mandic zog rechtzeitig die Reißleine und kehrte der Partei den Rücken. Sein Freiburger Stadtratsmandat legte er zurück, während der politische Fahnenflüchtige Jörg Meuthen nach wie vor dicke Diäten im EU-Parlament einstreicht. Hier trennt sich die Spreu vom Weizen, und man erkennt schnell, wer Charakter besitzt. Mandic fungiert seit einiger Zeit als Vernetzer der rechten Szene und bedient sich dabei auch der neuen sozialen Medien.

Richters Feuerwerk

Im Anschluß daran trat **Karl Richter** ans Pult. Der langjährige Münchner Stadtrat ist ein Multitalent, vielseitig gebildet, ein erfolgreicher Buchautor und glänzender Redner. Er war von 1989 bis 1994 und von 2014 bis 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament, veröffentlichte zahlreiche Bücher – seine umfangreiche Richard-Wagner-Biographie aus dem Jahre 1994 legte er vergangenes Jahr mit attraktivem Umschlagbild neu auf, auch zur Corona-Krise gab er ein Werk heraus – und erlangte durch seine Rolle als Adjutant von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel im deutschen Erfolgsstreifen »Der Untergang« (mit Bruno Ganz als Reichskanzler) republikweit Berühmtheit, da die etablierte Presse diesen »Skandal« aufgriff.

In gewohnt freier Rede zeigte der Referent nicht nur die zahllosen Fehlentwicklungen in der real existierenden BRD auf, sondern benannte auch die Verantwortlichen dafür. Diese volksver-

gessene Clique müsse endlich aufs politische Abstellgleis geschoben werden, da sie nichts Gutes mit unserem Volk im Sinne habe. Bereits mit ihrer Corona-Politik sei die Regierung in Berlin gescheitert und habe die Bürger nur gegängelt. Und in der Ukraine-Frage steuere das Ampel-Chaosschiff auf eine Katastrophe zu, weil man als Erfüllungsgehilfe der US-Politik einen Konfrontationskurs beschritten habe, der das Verhältnis zu Moskau auf Jahre vergiftete – zum Schaden des eigenen Volkes! Es sei höchst an der Zeit, all diese Erfüllungspolitiker in die Wüste zu schicken und echte Volksvertreter in die Parlamente zu entsenden, die keine Politik für fremde Mächte in Brüssel oder Washington machten.

Politische Querfront vonnöten

Dazu sei es aber nötig, daß die Macht der etablierten Medien gebrochen werde und damit auch deren verhängnisvoller Einfluß auf den deutschen Michel. Außerdem müßten die Gräben überwunden werden, die eine Zusammenarbeit zwischen linken und rechten Regimekritikern verhinderten. Für eine fulminante Rede, bei der Richter die Zuhörer mehrfach von den Sitzen riß, bekam der Münchner Publizist langanhaltenden Beifall. In dieselbe Kerbe schlug dann auch **Jürgen Elsässer**, der als letzter Redner am Samstag auf dem Programm stand. Der 65jährige Ex-Linke, der mit seinem *Compact*-Magazin monatlich eine Auflage von 40.000 erreicht, ist ebenfalls ein Verfechter einer Querfront. Dabei führte er die Demonstrationen der letzten Jahre gegen die Corona-Maßnahmen an, auf denen oft Rechte und Linke einträchtig nebeneinander marschiert seien.

Elsässer hatte auch seine jüngst in zweiter Auflage erschienene Autobiographie »Ich bin Deutscher« im Gepäck. Dies veranlaßte ihn, weniger auf das eigentliche Thema seiner Rede, die »Kriegslügen der NATO« sowie die »Aufgaben der oppositionellen Medien«, einzugehen als vielmehr auf den Inhalt seiner neuen Publikation. Dabei schilderte er seinen Weg vom jungen Linken, der die braune Vergangenheit seiner Vorfahren zu erkunden suchte, zum nationalen Kämpfer für Freiheit und Selbstbestimmung. In diesem Zusammenhang lehnt Elsässer das kleinkarierte Abgrenzen, dessen sich häufig AfD-Politiker bedienen, um im sog. Mainstream anzukommen – zumeist ein vergebliches Unterfangen –, erfolgreich ab. Dies zeigte sich schon bei seiner Zusage für die GfP-Tagung. Mit den Referenten des Tages führte der *Compact*-Chefredakteur konstruktive Gespräche, was die Hoffnung aufkeimen läßt, daß es in Zukunft eine engere Zusammenarbeit im nationalen Lager geben wird.



Karl Richter

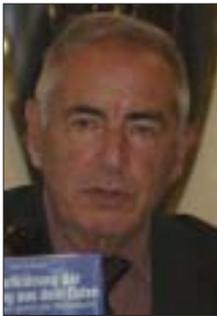


Jürgen Elsässer

Nach einem eher besinnlichen Samstagabend, an dem Rechtsanwalt Wolfram Nahrath fremde und eigene Gedichte vortrug, ließ man in den gemütlichen Gasträumen in lockerer Runde den langen Tag bei Bier und Wein ausklingen.

»Klarer Präventivschlag«

Am Sonntagvormittag warteten dann die Zuhörer gespannt auf den Vortrag von Generalmajor a.D. **Bernd Schwipper** über die Vorgeschichte des Rußlandfeldzugs. Der promovierte Militärwissenschaftler studierte an der Militärakademie Friedrich Engels der NVA in Dresden sowie an der Akademie des Generalstabes der Sowjetarmee in Moskau. Dank seiner hervorragenden Russischkenntnisse war es ihm Jahrzehnte später möglich, in Moskauer Archiven nach Originaldokumenten aus den Jahren 1939 bis 1941 zu suchen, die Aufschluß über Stalins und Hitlers Weg in den deutsch-sowjetischen Krieg geben. Es ging ihm also darum, das jahrzehntealte Narrativ vom »Überfall der Wehrmacht auf die (friedliebende) Sowjetunion« zu hinterfragen.



Bernd Schwipper

2015 veröffentlichte er mit *Deutschland im Visier Stalins* sein erstes bahnbrechendes Werk, in dem er in Form einer vergleichenden Studie anhand russischer Dokumente eindeutig die aggressiven Absichten des Kremlherrschers darlegte. Bereits 1940 hatte die Rote Armee mit dem Aufmarsch an ihrer Westgrenze begonnen, während die Wehrmacht mit weit unterlegenen Kräften ihre Ostgrenze sicherte. Die Massierung sowjetischer Kräfte bis Juni 1941 läßt daher nur den Schluß zu, daß Stalin spätestens 1941 Deutschland überfallen wollte. Für Schwipper ging es nun darum zu prüfen, ob der Angriff der Wehrmacht vom 22. Juni 1941 ein bewußtes Zuvorkommen war, weil man den gegnerischen Aufmarsch erkannt hatte, oder vielmehr nur ein zufälliger Präventivschlag, da man von vornherein den Krieg gegen die Sowjetunion plante. Auf Grund der Dokumentenlage steht für Schwipper fest, daß Hitler spätestens im Frühjahr 1941 dank der akribischen Aufklärungsergebnisse eindeutig davon ausgehen mußte, daß ein Angriff Stalins auf Deutschland unmittelbar bevorstünde. Aus diesem Grund, so der Referent und Buchautor, der 2021 zwei Bände über die deutschen Aufklärungsergebnisse im Osten veröffentlichte, sei erst wenige Monate vor Beginn des Barbarossafeldzugs der Entschluß gefaßt worden, den Sowjets zuvorzukommen.



Fred Duswald.
Der diesjährige Preisträger konnte die Auszeichnung erst am 22. Oktober erhalten.

Nach diesem geschichtlichen Rückblick erfolgte die Verleihung der Ulrich-von-Hutten-Medaille. Damit ausgezeichnet wurde der Publizist **Fred Duswald**. Dem promovierten Handelswissenschaftler aus Österreich war der Hutten-Preis bereits 2019 zugesprochen worden; auf Grund der kurzfristigen Absage der Tagung damals mußte aber die Verleihung verschoben werden. Und wegen der Corona-Beschränkungen konnte nun erst am diesjährigen Kongreß diese Ehrung vorgenommen werden. Der neue Huttenpreisträger konnte die Auszeichnung leider nicht persönlich entgegennehmen, da er auf Grund eines Oberschenkelhalsbruchs vor mehreren Monaten von seiner Ärztin kein grünes Licht für die weite Reise bekommen hatte. Duswald wandte sich jedoch mit einer kurzen Videobotschaft an die Teilnehmer. Darin dankte er der GfP für die hohe Auszeichnung und gelobte, sich auch weiterhin für die historische Wahrheit einzusetzen. So sei er auch im 88. Lebensjahr weiterhin publizistisch tätig. Eine neue *Eckartschrift* sei gerade im Entstehen, und zwar über Helgoland. Im Anschluß daran verlas der Vorsitzenden die Laudatio auf den Preisträger. Hierbei wurde dessen Vita aufgezeigt sowie dessen Verdienste um die Publizistik im deutschen Sprachraum. Trotz seiner spitzen Feder war Duswald niemals verurteilt worden – nicht zuletzt dank seiner ausgezeichneten Recherchearbeit.



GfP-Vorsitzender
Martin Pfeiffer

Als letzten Redner am GfP-Kongreß konnte das ehemalige Vorstandsmitglied **Alfred Zips** begrüßt werden. Der pensionierte Bundeswehrstaboffizier beschäftigte sich mit der demographischen Lage und damit den düsteren Aussichten für unser Volk und unseren Kontinent. Mit dieser Dystopie und der Erkenntnis, daß die Zeiten härter werden, endete der erfolgreiche GfP-Kongreß. Bleibt noch zu erwähnen, daß am Sonntagvormittag ein *NDR*-Kamerateam vor dem Hotel auftauchte und Interviews erheischen wollte. Um gleich vor Ort zu erkennen, welche Prominenz aus dem rechten Lager angereist war, waren – ganz in Stasi-Manier – eine sattsam bekannte Antifa-Journalistin und ihr Spießgeselle mit Teleobjektiven zugange.



Alfred Zips

Weltgeschichte pur. Der noch eingesperrte Weltkrieg

Noch ist der aktuelle Ostfeldzug in der Ukraine kein Weltkrieg, obwohl sich die NATO und die Wirtschafts-Nato EU für Größeres in Stellung gebracht haben. Die NATO liefert an die Ostfront, was das Zeug hält. Die Arsenale leeren sich. Die Bundeswehr hätte nur noch für zwei Tage Munition, wenn unser östlicher Nachbar sich seine 1,3 Billionen Euro Reparationen abholen käme! (Das sagen übereinstimmend Vertreter der Rüstungsindustrie, Experten und Verteidigungspolitiker im Bundestag. Laut NATO-Vorgabe müßten die Reserven mindestens 30 Tage halten.) Die überall in den westlichen Staaten zusammengeklaupte, immer noch brauchbare sowjetische Militärtechnik mit einem Entwicklungsstand von vor 30 bis 50 Jahren wird an der Ostfront langsam alle. Also müssen alle NATO-Staaten ran und liefern oder zahlen. Diehl Defense muß sogar das Luftabwehrsystem IRIS-T SLM liefern, das erst 2025 bei der Bundeswehr eingeführt werden soll. Nun ja, man kann es unter Kriegsbedingungen testen. Seitdem die USA seit 2014 ukrainische Soldaten in modernen Kampftechniken und an US-Militärtechnik ausbilden, sind nun alle gezwungen, ukrainische Militärs bei sich auszubilden; auch die Deutschen, die seit 1945 mit Rußland nur im Waffenstillstand sind. Das ist für Deutschland de facto der Kriegseintritt, stellt der wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages fest. Man hat sogar eine »Europäische Politische Gemeinschaft«, eine neue Koalition der Willigen zusammengefügt. In Wiesbaden-Ebenheim wird gerade ein Spezialkommando für den Krieg der NATO in der Ukraine gegen Rußland gegründet. Ende April 2022 kam die »Internationale Ukraine-Kontaktgruppe« auf Druck der USA in Ramstein zustande. Die deutsche Verteidigungsministerin Lamprecht erhielt eine Einladung ins amerikanische Ramstein, das mitten in Deutschland liegt! Die USA sorgen dafür, daß von Deutschland wieder Krieg ausgeht, auch wenn es kein deutscher, sondern ein US-amerikanischer ist.

Die US-Airbase im deutschen Ramstein, wo Anfang September 2022 erneut hochrangige Repräsentanten aus den verbündeten Gebernationen zusammentrafen. Besonderes Augenmerk richtete Lamprecht auf die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte.



Doch die deutschen Politiker tun so, als ob sie sich mit glühendem Herzen in einen kriegslüsterigen Siegestaumel versetzt hätten. Tun sie nur so, oder sind sie so geschichtsvergessen? Wer zum Waffenstillstand, zu Verhandlungen oder gar zum Frieden aufruft, gilt als Putin-Freund, Agent Moskaus oder gar als Nazi. Wirrer können die Worte in der Propagandaschlacht an der Heimatfront nicht gewählt werden. Die Russen stellen schon fest, daß sie an der Propagandafront völlig unterlegen sind. Der Nebelwand von »Menschenrechten«, »Freiheit« und »Demokratie« vor der Hegemonialpolitik der USA haben sie nichts entgegenzusetzen. Gegen Urteile kann man argumentieren, gegen Vorurteile hilft nichts. Die Medien schießen ebenso aus vollem Rohr, wie es die streitenden Parteien an der Front tun. Der politisch unwissende Bürger muß zu der Auffassung kommen, daß allein Putin den Krieg wolle und er so etwas sei wie der östliche Oberteufel, den man mit allen Mitteln vernichten müsse.

Die Wahlergebnisse zu den Landtagswahlen in Niedersachsen zeigen, wie diese tägliche Gehirnwäsche wirkt. Die Kriegsparteien werden immer wieder gewählt. Der Westen kann in Westdeutschland gegenwärtig an den alten Haß gegen das »bolschewistische Untermenschentum«, die Angst vor den Russen aus dem Zweiten Weltkrieg und aus dem Kalten Krieg anknüpfen und einen Russen- und Putinhaß propagieren. Da will man wirklich gegen Putin frieren und leiden. Rußland muß ruiniert werden, niemals werden die Sanktionen der EU gegen Rußland zurückgenommen, und mit Putin wird nicht verhandelt. Die Ukraine muß siegen. Die Losungen »Kanonen statt Butter!« oder »Räder müssen rollen für den Sieg!« werden vielleicht noch hervorgeholt.

»Frieren gegen Putin!« klingt aber auch schon ganz nett. Im DDR-Gebiet, das man auf der Seuchenkarte, der Armutskarte und auch auf der Karte der Wahlergebnisse immer noch ausmachen kann, klappt die westliche Propaganda nicht. Da hat man andere Erfahrungen und kennt Jewgeni Jewtuschenkos Gedicht »Meinst Du, die Russen wollen Krieg?« Jeder Soldat der NVA hat positive Erfahrungen mit den russischen Waffenbrüdern. Die DDR-Bürger haben die Russkis in den Kasernen eigentlich wegen ihres harten Dienstes nur bedauert. Gern kaufte man auch in den sowjetischen Läden ein oder ging billig essen in den »Häusern der Offiziere«. Viele hatten Brieffreundschaften oder nutzten die vielen Möglichkeiten, nach Rußland zu reisen. Putin hat 2009 sogar vom Semper-



Richard David Precht

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat mit einer erstaunlich deutlichen Aussage für Aufsehen gesorgt. »Wir sind im Krieg mit Putin«, schrieb er auf Twitter. Von einem Krieg gegen Rußland hatte bisher aber noch kein Regierungsmitglied gesprochen. Anlaß für Lauterbachs Tweet war eine Aussage des Philosophen Richard David Precht, der eine Deeskalation fordert, die vom Westen ausgehen soll. Lauterbach hält den Vorschlag für »Blödsinn«. Precht machte zuletzt einen neuen Vorschlag, wie dies funktionieren könnte: Einzelne NATO-Staaten sollten Rußland verbindlich garantieren, daß sie eine Aufnahme der Ukraine in das Verteidigungsbündnis mit ihrem Veto verhindern würden. Damit »wäre schon erster Druck aus dem Kessel genommen und möglicherweise der Boden für weiterreichende Gespräche bereitet«.



»Wir setzen uns für das Export-Verbot von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete ein«, tönten die Grünnen vor der Bundestagswahl 2021. Dazu forderten sie unter anderem »ein deutsches Rüstungsexportkontrollgesetz und ein Verbandsklagerecht bei Verstößen und wirksame Endverbleibskontrollen von Waffen«. Das waren Zeiten! Mit überwältigender Mehrheit haben sich die Grünen auf ihrem Bundesparteitag im Oktober 2022 für die Lieferung weiterer Waffen an die Ukraine ausgesprochen. Mehrere Anträge, in denen diese als Abkehr von der pazifistischen Tradition der Partei kritisiert wurden, lehnten die Delegierten ab. Die Ukrainer könnten sich schließlich nicht »mit Sonnenblumen verteidigen«, hieß es.

oper-Verein in Dresden den St. Georgsorden bekommen. Der Osten tickt anders und stört das Geschäft der Atlantiker.

Die mit der kriegerischen Konfrontationspolitik des Westens gegen Rußland verbundene Embargopolitik erzeugt in ganz Europa schwerste wirtschaftliche Schäden. Die liegen im Interesse der USA, denn man hofft dort, durch Verlagerung großer und energieintensiver Teile der Industrie aus Europa in die USA die Entindustrialisierung der USA rückgängig machen zu können. Die Politik der EU und auch der Bundesregierung unterstützt faktisch dieses hinterlistige Vorhaben.

Normalerweise hätte die Sprengung von lebenswichtigen Erdgasleitungen durch den großen Unbekannten zum sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen von Frankreich und Deutschland mit diesem großen Unbekannten führen müssen. Schließlich ist so ein Akt als Kriegserklärung zu werten. Nichts geschah, devot duckte man sich.

Zur Erinnerung: Das zur Jahrtausendwende propagierte Projekt vom amerikanischen 21. Jahrhundert wird konsequent verfolgt. Nun ist Rußland dran, und die Ukraine ist dafür als Speerspitze programmiert worden. Seit der Orangenen Revolution 2004 und verstärkt ab 2014 wird die Ukraine vom Westen massiv aufgerüstet, um Rußland in einen Abnutzungskrieg zu zwingen. Das läuft gerade auf Hochtouren und soll möglichst noch ein Jahrzehnt laufen. Danach dürfte auch das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland endgültig zerrüttet sein, so daß es niemals zu einer friedlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Rußland und Deutschland kommen werde. Dann ist das 100jährige Ziel der angelsächsischen Oberstschichten erreicht.

Vielleicht kommt aber auch alles ganz anders. Jähe Wendungen der Geschichte sind jederzeit möglich. Vielleicht öffnen sich die Augen der Bürger auf die Geschichte, zu der man sie verurteilen will. Die USA haben laut Forschungsdienst des US-Kongresses seit 1991 weltweit 251 militärische Interventionen durchgeführt. Der Ukraine-Krieg ist nur einer davon. Er kann sich zum Weltkrieg auswachsen. Treibende Kraft sind die USA und die Atlantiker in ganz Europa. Der Feind steht also im eigenen Land. Ich verweise auf die Rede von Oskar Lafontaine zum 34. Pleisweiler Gespräch am 17. September 2022. Er fordert die Trennung Deutschlands von den USA: »Wer Frieden will, muß sich von den USA befreien.« Die Rede ist im Internet leicht zu finden. Das ist der nötige politisch-alternative Vorschlag. 2023 werden sich die Verhältnisse zur Unerträglichkeit steigern. Dann ist die Zeit dafür reif, diesen Vorschlag aufzugreifen. Er liegt auf dem Tisch. ■ Frank Enberg

»Ein Haus ohne Hüter«

Den ganzen Sommer über galten Habeck und Baerbock in der Öffentlichkeit als »die beliebtesten Politiker im Lande«. Offenbar verlieren die Deutschen die Lust auf die Grünen, denn an deren Stelle ist inzwischen (Anfang Oktober) Markus Söder getreten.

Unter dem Titel »Haus ohne Hüter« hat Thorsten Hinz am 3. Oktober in der *Jungen Freiheit* die »Hypermoralistin« Anna Lena Baerbock und ihr »Team« wegen ihrer Unzulänglichkeiten scharf angegriffen und ihnen vorgehalten, eine den deutschen Interessen zuwiderlaufende Außenpolitik zu betreiben. Hinz beruft sich zunächst auf eine grundsätzliche Fragestellung Gerhard Papkes: »Kann es denn wirklich sein, daß Deutschland die Entscheidung über den weiteren Fortgang dieses schrecklichen Krieges alleine in die Hand der Ukraine und ihres Präsidenten legt? Kann es



Baerbock in Prag. Ein totaler Ausfall. Foto: Imago

sein, daß die deutsche Außenministerin der Ukraine eine unbefristete Zusage für Waffenlieferungen und zum Beibehalt von Sanktionen gegen Rußland gibt, ohne Rücksicht auf deren Konsequenzen für die eigene Bevölkerung?«

Ja, das kann leider sein. Unlängst meinte Baerbock nämlich in Prag: »Wir kämpfen für das, wofür die Ukraine kämpft: Das Recht jedes Landes, seine Zukunft selbst zu

bestimmen.« Für Deutschland gelte dieses Recht offenbar nicht. Seine Bürger haben für den Blankoscheck aufzukommen, den Baerbock Kiew ausgestellt hat: »Wir stehen an eurer Seite, solange ihr uns braucht – dann möchte ich es einlösen, egal, was meine deutschen Wähler denken.« (sic)

Hinz attestiert der amtierenden Bundesaußenministerin erhebliche Defizite: Mangel an historischer Bildung, Unfähigkeit zu strategischem und analytischem Denken, Neigung zum »verantwortungslosen Geplapper«. Ihre »feministische Außenpolitik« ziele darauf ab, »von Anfang an den Genderblick in Ressourcen und Köpfen zu verankern«, meinte Baerbock im September. Das Schlimmste daran ist, daß kein Politiker in Sicht ist, der »ihrem gemeingefährlichen Unfug« (Hinz) im Auswärtigen Amt ein Ende macht. Es fragt sich daher, welche »materiellen und immateriellen Strukturen« diese Politikerin nach oben getragen haben und gegen allen Sachverstand oben halten«. Und Hinz schließt seinen herausragenden Artikel mit den Worten: »Baerbock betreibt vor allem Weltinnenpolitik. Eine Mentalität aus Schuldgefühl und moralischem Größenwahn hat jedes Streben nach nationalen Interessen verdrängt. Nationale Interessenvertretung aber beginnt im eigenen Haus. Das deutsche Haus ist aber ohne Hüter.« (*jungefreiheit.de*, 3.10.22) ■

Flüchtlingswinter. Kommt es zum Kollaps?

Die Asyl-Krise spitzt sich erneut zu. In den ersten neun Monaten des Jahres 2022 sind rund 228.240 Migranten aus dem Nahen Osten und Nordafrika über die Balkan-Route illegal in die EU gelangt, die meisten nach Deutschland. Das waren 70 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, wie die EU-Grenzschutzagentur Frontex mitteilte. Es ist der höchste Wert für die ersten drei Quartale eines Jahres seit 2016. Hinzu kommt rund eine Million Ukrainer, die seit dem Einmarsch russischer Truppen nach Deutschland geflohen sind. Steht uns ein neues 2015 bevor? »Die Lage bei der Unterbringung der Flüchtlinge ist ähnlich wie während der Flüchtlingskrise 2015/2016«, sagte beispielsweise der Geschäftsführer des niedersächsischen Landkreistages. Bundesinnenministerin Faeser verteidigt sich jedoch gegen Kritik gegen die Migrationspolitik der Ampel-Regierung.

Für die Gesellschaft und die Kommunen ist die Unterbringung der Flüchtlinge eine Herausforderung, für geschäftstüchtige Unternehmer ein lohnendes Geschäft. So wie jetzt im sogenannten »Merkel-Hotel« in Bayreuth, wo die Alt-Kanzlerin während der Festspiele wohnte und wo laut *Spiegel* im September rund 55 Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht waren, und zwar zu enormen Preisen. Das Bayreuter Jobcenter weigerte sich, die geforderten über tausend Euro pro Zimmer und Monat zu zahlen, und war lediglich bereit, 500 Euro im Monat und für jede weitere Person im Zimmer weitere knapp 100 Euro zu überweisen. (*focus.de*, 3. 10. 22)

Nun könnten öffentliche und private Häuser für die Flüchtlingsunterbringung beschlagnahmt werden. Entsprechende Prüfungen sind in einigen Bundesländern bereits angelaufen. In bayerischen Fürstentfeldbruck hat Landrat Thomas Karmasin (CSU) deutlich gemacht, daß keine Schulturnhallen mehr als Notunterkunft zur Verfügung gestellt werden sollen. Ähnlich wie in Deutschland erleben die Niederlande seit Monaten einen Ansturm von Asylforderern und stehen vor dem Asyl-Kollaps: In Amsterdam weiß man nicht mehr wohin mit den neu Ankommenden. Weil selbst Einheimische schon Wohnungsprobleme haben, werden Asylfordernde jetzt auf Kreuzfahrtschiffen untergebracht! Allein im September kamen 15.736 Asylforderer ungehindert nach Österreich, das sind mehr als im Jahr 2019 insgesamt! Bis Jahresende könnte die »Schallmauer« von 100.000 Asylanträgen durchbrochen werden

Vor dem Hintergrund der Debatte um »Sozialtourismus« machte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer außerdem auf Probleme bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge aufmerksam. »Es ist nicht einzusehen, warum es Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben soll und warum wir so viele Leistungen ausbringen, daß Leute nur wegen dieser erhöhten Leistungsanreize ihr bisheriges Zufluchtsland wechseln und nach Deutschland kommen.« (Quelle: *focus.de*, 30.9.22)

Aktion Größenwahn

Das vor 21 Jahren erbaute Kanzleramt war für maximal 460 Beschäftigte ausgelegt worden. Inzwischen würden rund 700 Mitarbeiter ›reinquetscht‹. Wegen angeblicher Raumnot wurden Pläne für einen Erweiterungsbau (ein sechsstöckiger Baublock mit 400 Büros westlich der Sporee) bereits von der Vorgängerregierung, der Großen Koalition, abgesegnet und sollen bis 2028 verwirklicht werden.

Die erste Frage, die sich ein Normalbürger stellt: Muß das sein, vor allem in solchen Krisenzeiten wie den jetzigen? Die deutsche Regierungszentrale mit einer Bürofläche von 25.347 Quadratmetern ist ohnehin schon heute rund achtmal größer als das Weiße Haus, zehnmal größer als Downing Street No. 10 und dreimal größer als der Élysée-Palast in Paris. Dennoch soll sie mit dem Erweiterungsbau auf sage und schreibe 50.000 Quadratmeter verdoppelt werden. Nun liest man, daß die 2919 veranschlagten Baukosten sich von ursprünglich 456,8 Millionen Euro auf nunmehr 777 Millionen Euro, also um rund 60 Prozent, erhöht haben.

400 neue ›Standardbüros‹ als Einzelbüros seien vorgesehen (man plane bereits mit 140 zusätzlichen Stellen über den aktuellen Bedarf hinaus). Daraus ergeben sich einige Fragen: Warum muß eigentlich jeder Mitarbeiter ein Einzelbüro haben? Sind doppelt belegte Büros mit zwei Beschäftigten ein Problem? Warum müssen für jede neue Verwaltungsaufgabe immer gleich neue Stellen geschaffen werden?

Ulrich Breumann, Redakteur bei den *Ruhrnachrichten*, hat alles genau durchgerechnet. Verteilt man die Gesamtkosten auf 400 Büros, so kostet jedes einzelne 1.942.500 Euro! »Dafür bekommt man selbst in Berlin eine Luxus-Villa mit Pool – und einem gut ausgestatteten Arbeitszimmer inklusive«, bemerkt Breumann. Gewiß liegen die Baukosten pro Quadratmeter bei 27.650 Euro. In diesen astronomischen Kosten sind u.a. der Hubschrauberlandeplatz, das neue Post- und Logistikhaus enthalten. »Aber selbst, wenn man Flure, Sanitärräume, Teeküchen, Parkplätze, Besprechungs- und Pausenräume sowie andere notwendige Flächen in so einem Bürogebäude heraus-



rechnen würde (was natürlich absurd ist), kostet das reine Standardbüro mit 19,5 Quadratmetern zwar nicht 1,9 Mio., aber noch immer 539.175 Euro.«

Zum neuen Hubschrauberlandeplatz für zehn Millionen Euro stellt sich die Frage, warum der Zweitlandeplatz so teuer ist. Weil die Regierungsleute auf einem 23 Meter hohen Turm landen sollen. . . Neun Wintergärten, die über fünf Etagen reichen, sollen für Ambiente sorgen. Allein für die Verglasungen, den Sonnenschutz der Wintergärten und Befahranlagen zur Glasreinigung werden über 14 Millionen Euro veranschlagt. Mit eingeplant ist eine Kita für 12 bis 15 Kinder für 2,8 Millionen Euro. Andernorts werden für eine solche Summe Einrichtungen für drei Gruppen à 25 Kinder gebaut. Und nicht zu vergessen: Kanzler Scholz soll eine zweite Regierungswohnung erhalten. Der Spatentisch ist im Herbst 2023 vorgesehen. Wetten, daß nach Fertigbau im Jahre 2028 die Gesamtkosten locker die Milliarde-Marke überschritten haben werden? Am 13. Oktober befand Gabor Steingart im *Focus*: »Nun wirkt das Projekt obszön. Der Staat, der seine Bürger zum Maßhalten anhält und selbst mit seiner Schuldenaufnahme an die Grenze des Verkräftbaren geht, will im eigenen Herrschaftsbereich keine Abstriche machen. Es gibt keinen Sparwillen und daher auch kein Schuldbewußtsein.« ■

Der Skandal um den Erweiterungsbau des Kanzleramts zeigt, daß mit dem Geld anderer Leute sich wunderbar bauen läßt. Gerade in der jetzigen Krisenzeit sitzt das Geld in Berlin besonders locker. Beispiele würden Stoff für ein ganzes Buch liefern. So war kürzlich zu erfahren, daß in den Corona-Jahren 2020 und 2021 die BRD zum Großspender für die Weltgesundheitsorganisation WHO aufgestiegen ist. Stolze 1,268 Millionen Dollar wurden aus Berlin auf deren Konto überwiesen. Damit überrundete man souverän den bisherigen Großspender Bill Gates, der nur gut die Hälfte der BRD-Summe lockermachte. Auch die Biden-USA zeigten sich sparsam und zahlten gerade einmal die Hälfte der Summe der Deutschen. Trotz der großen Summe hat die BRD keinen Einfluß auf die Ausrichtung der WHO-Politik. Dafür sorgt schon der »heimliche WHO-Chef« (O-Ton *Die Zeit*) Bill Gates mit seinen zahlreichen Netzwerken. (Quelle: *unzensuriert.at*)

Ein Beispiel für sinnlose Geldverschwendung: Rund 730 Millionen OP-Masken und 60 Millionen FFP2- und ähnliche Masken aus Pandemiezeiten, deren Haltbarkeitsdatum überschritten ist, muß der Bund nun »thermisch verwerten«, sprich verbrennen lassen. Jens Spahn hatte seinerzeit für sechs Milliarden Euro Masken eingekauft – eine »massive Überbeschaffung«, befand *welt.de* am 8.10.22.

Großzügigkeit einfach auf Zuruf der USA: Weil Washington die Führung in Kiew mit monatlich 1,5 Milliarden Dollar an zurückzuzahlenden Finanzhilfen unterstützen will, plant Brüssel nun, ebenfalls entsprechende Überweisungen zu tätigen. Das Finanzloch der ukrainischen Regierung ist gewaltig – für den Westen wird die Ukraine zunehmend zum Faß ohne Boden und in erster Linie für Deutschland, das bekanntlich mit seinen Beiträgen rund 26 Prozent des EU-Haushalts trägt. (Quelle: *Report 24*, 11.10.22)

Ein Taschenbuchkalender und die Meinungsfreiheit

Seit 2001 gibt das Thule-Seminar jährlich den Taschenbuchkalender *Mars Ultor* mit einem Umfang von rund 400 Seiten heraus. Neben einem jährlichen Schwerpunktthema sind dem Kalender u.a. auch germanische Feiertage und Portraits von nationalen Persönlichkeiten zu entnehmen. Die Ausgabe von 2016, die schwerpunktmäßig den Flüchtlingssturm von 2015 und seine Folgen behandelte, wurde von der Prüfstelle für jugendgefährdende Medien 2017 indiziert. Eine daraufhin ergangene Anklage gegen Pierre Krebs und zwei weitere Vorstandsmitglieder des Thule-Seminars, Gudrun Schwarz und Burkhard Weeke, ließ das Amtsgericht in Fritzlar nicht zur Verhandlung zu, da die zuständige Richterin Eichler keinen hinreichenden Tatverdacht sah. Diese Einschätzung war offenbar überhaupt nicht nach dem Geschmack der Staatsanwaltschaft in Kassel, die Beschwerde einlegte. Sie war der Überzeugung, daß einige Textstellen den Verdacht der Volksverhetzung begründen könnten. Das Landgericht Kassel schloß sich der Sicht der Staatsanwaltschaft an, so daß das Amtsgericht Fritzlar letztlich zur Verhandlung gezwungen wurde.

Die Verhandlung fand an drei Prozeßtagen im August/September statt. Schwarz und Weeke behaupteten von vornherein, daß sie mit der inkriminierten 2016er-Ausgabe nichts zu tun hatten. Anders als in früheren und späteren Ausgaben stand Weekes Name nicht im Impressum, was die Staatsanwaltschaft ohne großen Aufwand hätte überprüfen können. Weeke wurde daher freigesprochen. Damit unterlief der Staatsanwaltschaft ein schwerwiegender Formfehler: Sie führte einen Prozeß gegen einen von vornherein Unschuldigen.

Nach Auffassung des Staatsanwalts würden im Taschenbuchkalender Geflüchtete als »tödliche Bedrohung des [...] Erbgutes unseres Volkes« bezeichnet, als »Fremdrassige«, als »Mischmasse niederer Qualität«, als »Massenvernichtungswaffe« gegen Deutschland, einige Bundesminister als »Rassenverächter und Rassenvernichter«. Die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg werde geleugnet und Adolf Hitler zum Märtyrer stilisiert: Hitler habe sich »im Dienste Deutschlands, ja letztlich wohl auch Europas, vollständig aufgegeben«. (Zusammengewürfelte, aus dem Kontext gerissene Zitate aus einem Prozeß-Bericht der *Frankfurter Rundschau*, 1.9.2022)

In der falschen Annahme, daß bei Frau Schwarz sozusagen alle Fäden zusammenliegen und sie hauptverantwortlich für die Verbreitung der Publikation gewesen sei, forderte der Staatsanwalt für sie eine Geldstrafe von 180 Tagessätzen à 60 Euro, für Krebs eine von 120 Tagessätzen. Hingegen forderte die Verteidigung Freisprüche. In seinem Plädoyer berief sich RA Wolfram Nahrath für seinen Mandanten Krebs auf die Meinungsfreiheit und ließ sich über den vermeintlich drohenden »Volks-tod« sowie über politisch gelenkte Justiz und Presse aus. Bemerkenswert ist, daß Richterin Eichler P. Krebs attestierte, eine »hochwissenschaftliche« Verteidigungsrede gehalten zu haben, offensichtlich sehr zum Unmut des Staatsanwalts. Schließlich verurteilte das Gericht P. Krebs und G. Schwarz wegen »gemeinschaftlicher Volksverhetzung« zu einer Geldstrafe von je 7200 Euro (120 Tagessätze à 60 Euro). Es heißt, daß beide Pflichtverteidiger inzwischen sowohl Revision als auch eine Beschwerde gegen die Staatsanwaltschaft wegen Formfehler eingelegt haben. ■ FF



Die Kirche ist am Abgrund, sie kann junge Erwachsene einfach nicht mehr an sich binden. Mißbrauchs- und Finanzskandale beschleunigen diesen Trend.



Walter Tributsch: *Schafft der Papst die Kirche ab? Katholischer Glaube und liberale Geisteshaltung.* 245 Seiten, € 19.90. ARES Verlag, Graz 2022

Katholische Kirche am Abgrund

Wer eine Religion reformiert, zerstört sie. Die Erkenntnis des Soziosophen Günther Nenning (1921–2006) bewahrheitet sich am Beispiel der katholischen Kirche. Der »Rauch Satans« sei in den Tempel Gottes eingedrungen, klagte schon Papst Paul VI. nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965), das die Kirche auf den Kopf stellte. Erst recht nicht verzieht sich der satanische Rauch unter dem jetzigen Papst Franz – im Gegenteil: »Schafft der Papst die Kirche ab?« fragt Walter Tributsch, Altherrenvorsitzender der Burschenschaft Teutonia Wien, und sucht in seinem Buch dieses Titels nach Antworten. Jorge Mario Bergoglio, so Papst Franzens bürgerlicher Name, 1936 in Buenos Aires geboren, wird 1999 als Erzbischof Ehrenrotarier des örtlichen Rotary Clubs, einer globalistischen Organisation mit Naheverhältnis zu den Freimaurern, den ärgsten Erbfeinden der katholischen Kirche.

Zum neuen Oberhaupt 2013 gewählt, reiste der erste Jesuit auf dem Stuhle Petri zuerst auf die Insel Lampedusa, das Mekka der moslemischen Migration. Hier ermunterte er Asiaten und Afrikaner zum Eindringen nach Europa: Es gelte, das Recht eines jeden Menschen zu respektieren, einen Ort zu finden, an dem er sich als Person verwirklichen kann, schwafelte der Papst. Jedes Land sei »auch ein Land des Ausländers«, die Güter eines Territoriums dürften einer bedürftigen Person, die von einem anderen Ort kommt, nicht vorenthalten werden, redet der oberste Gutmensch der Durchrassung und Durchmischung das Wort, ohne zu bedenken, daß mit jedem einwandernden Moslem Europa weniger christlich wird. Da man aber die Kirche abschaffen und die differenten Bekenntnisse im Nirwana der Neuen Weltordnung aufgehen lassen will, spielt dies ohnehin keine Rolle.

An die vielen Schandtaten von Migranten verschwendet Franz keinen Gedanken. Genauso wie Jesus am Vortag der Kreuzigung seinen Jüngern die Füße wusch und küßte, ahmte dies der Papst am Gründonnerstag bei medial besonders ausschaltbaren Personen, bei moslemischen Migranten, nach. Daß homosexuelles Handeln nach der Kirchenlehre eine Todsünde ist, scheint ihm nicht bewußt zu sein. Mißbrauchsoffer zu beklagen, aber nicht »Homosexualität als die Hauptursache zahllosen sexuellen Mißbrauchs« zu benennen, sei Heuchelei, wirft ihm der einstige Apostolische Nuntius in den USA Viganò vor und fordert ihn öffentlich zum Amtsverzicht auf. Die Hoffnung, der nächste Papst werde alles anders und besser machen, hält Tributsch für realitätsfern: »Die strategischen Voraussetzungen werden im Vorfeld mit der Ernennung der wahlberechtigten Kardinäle gesetzt. Und da hat Franziskus bereits ganze Arbeit geleistet. Er hat bereits mehr als 100 neue Kardinäle ernannt«, die sicher auf seiner Linie liegen. ■ **Fred Duswald**



Homosexualität gottgewollt?

Dieser, der einräumt, »dazu gelernt« zu haben, meint: ihm sei klar, daß Rom Homosexualität immer noch als Sünde deute. Das sei hier jedoch ein fragwürdiger Begriff: »Wenn es aber um Liebe geht, um diese Spielart der Liebe, die ja dann eine erotische Form ist, wenn der Leib Ausdruck dieser Liebe wird und die Sprache dieser Liebe, dann denke ich: Liebe kann nicht Sünde sein.«

Geht es nach Aachens katholischem Bischof Helmut Dieser, dann sollen homosexuelle Paare gesegnet werden. Denn diese Veranlagung sei »keine Panne Gottes, sondern gottgewollt im selben Ausmaß wie die Schöpfung selbst«, äußerte der gottverlassene Zeitgeistliche in der zeitgeistigen Postille *Christ & Welt*, einer Beilage des linksliberalen Umerziehungsblattes *Die Zeit*. Bislang gebe es in Aachen die Praxis, daß katholischen Priestern die »persönliche Gewissensentscheidung« zugebilligt werde, ob sie Homo-Paare segnen. Ganz auf Dieser-Linie liegt der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf. In der Postille *Publik-Forum* befürwortete er Änderungen im Umgang mit Homo-Paaren. Seine konservativen Kritiker verkohlt Kohlgraf damit, daß er Bibelstellen mit Aussagen zur Homosexualität keineswegs als »ewig gültiges Wort Gottes« sieht. Vielmehr müsse seine Kirche von den Humanwissenschaften lernen und von »autoritären Beschlüssen« Abstand nehmen. Hingegen bezeichnet die Zentrale der katholischen Weltkirche Homosexualität nach wie vor als Sünde und verbietet deren Praktizierung. Bischof Dieser, der das Synodalforum zu Partnerschaft und Sexualität leitet, gilt als Vorkämpfer für den Einzug des Zeitgeistes in die katholische Kirche. (Quelle: *tagesschau.de*)

Der französische Philosoph Alain de Benoist prangert die »ideologischer Entwaffnung« des Einzelnen an, auch von seiten der Kirche: »Die uneingeschränkte Beherrschung setzt die ideologische Entwaffnung derjenigen voraus, die man dominieren will. Selbsthaß und Selbstverachtung im Namen der ›Öffnung‹ anziehen, jegliches Identitätsgefühl im Namen der Ächtung aller ›Phobien‹ verschwinden lassen, das Objektivitätsurteil zur allgemeinen Gültigkeit erheben, glauben machen, daß man die Seinen verabscheuen müsse, um die Menschheit zu lieben – das tut die liberale Ideologie, die Arbeitgeberschaft, eine gewisse extreme Linke, aber auch Papst Franziskus, für den »jeder Einwanderer, der an unsere Tür klopft, eine Gelegenheit ist, Jesus Christus zu begegnen«, und der unter Mißachtung des Allgemeinguts hinzufügt, daß man »immer die persönliche Sicherheit über die nationale Sicherheit priorisieren« müsse. Die heutige Moral überwuchert alles auf Kosten der Wahrheit. Es gibt nur noch zwei Kategorien: das Reich des Guten und die Finsternis des Bösen. Das Gute ist der Selbsthaß; das Böse ist der Wunsch nach Wurzeln. Und der Terrorismus, der uns mit der Frage konfrontieren sollte, wofür wir noch zu sterben bereit sind, kurbelt nur noch den Verkauf von Kerzen und von Teddybären an.«

Kurzmeldungen

Berlin bekommt die erste schwul-lesbische Kita. In Berlin-Schöneberg soll im Frühjahr 2023 eine schwul-lesbische Kita eröffnen; es ist deutschlandweit das erste Projekt dieser Art. In der Kita solle über Homosexualität und LBSBTI (lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen) aufgeklärt und vorge-



lebt werden, wie es ist, schwul oder lesbisch zu sein. Den Kleinen solle es so leichter fallen, sich später zu outen. Insgesamt 93 Kinder sollen betreut werden, 60 Voranmeldungen gibt es bereits. Wie es heißt, müssen die Jungen und Mädchen noch nicht wissen, ob sie schwul oder lesbisch sind. Besonders pikant: Einem Mitglied der Schwulenberatung, die das Pilotprojekt betreibt, dem Soziologen Rüdiger Lautmann, wird vorgeworfen, ein Pädophilieverfechter zu sein. 1994 veröffentlichte er ein Buch mit dem Titel *Die Lust am Kind. Portrait des Pädophilen*. (Quelle: *bild.de*, 2.10.22, *Focus.de*, 7.10.22)

Kitas im Zeichen des Regenbogens. Den Kindern solle es leichter fallen, sich später zu outen, falls sie schwul sind.

Bloß zwei Geschlechter. Twitter hat das Konto der umstrittenen Biologin Marie-Luise Vollbrecht für mehrere Stunden gesperrt. User, die den Account besuchen wollten, erhielten eine Nachricht, daß der Account gegen die Regeln der Social-Media-Plattform verstoßen habe. Um Vollbrecht tobt seit langem ein Streit über die Frage, wie viele biologische Geschlechter es gebe. Vollbrechts Antwort darauf ist einfach: bloß zwei. Im Sommer hatte sie einen Vortrag an der Humboldt-Universität in Berlin halten wollen, woraufhin die Veranstaltung nach Protestankündigungen abgesagt worden war. In einem Beitrag hatte sie geschrieben: »Nicht alle Frauen menstruieren, aber nur Frauen menstruieren.« In einem anderen warnte sie vor Pädophilen innerhalb der Gemeinschaft sexueller und geschlechtlicher Minderheiten. Ein Sturm der Empörung hatte Erfolg: Vollbrechts Twitter-Account ist wieder frei. (Quelle: u.a. *Junge Freiheit.de*, 6.10.22)

>Gute Gründe< für Tampons auf Männertoiletten. Tampon-Spender in der Männer-Toilette im Stuttgarter Rathaus sorgen zur Zeit für hitzige Debatten. Die Initiative geht auf die Grünen-Fraktion im Gemeinderat zurück, Ziel sei die Gleichberechtigung von Transmenschen. Vor allem die in der Debatte vorgebrachten Gründe für die Aufstellung von Tampons und Frauenbinden sind hanebüchen. Die Hygieneprodukte würden auch deshalb in den Männertoiletten sein, damit sie von menstruierenden nicht-binären oder Trans-Menschen genutzt werden können. Außerdem seien sie für Väter gedacht, die ihre Töchter, falls diese ihre Periode hätten, bei Bedarf mit in die Männertoilette nehmen könnten. Sie seien auch ein wirksames Mittel gegen Nasenbluten (sic). Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU) sei nach eigenen Worten im Gemeinderat überstimmt worden und könne die Aktion nicht

nachvollziehen. Nach Ansicht der *Stuttgarter Nachrichten* (20.10.22) habe die Posse offenbar das Zeug, die Stuttgarter Kommunalpolitik in ihren Grundfesten zu erschüttern: »›Tampon-Gate‹ war geboren, manche sprechen – Achtung: Wortspiel – auch von ›OB-Gate‹!«

Israel »Apartheidstaat«? Bei einem Treffen des südafrikanischen Außenministers Naledi Pandor mit Vertretern von Palästinensern in Pretoria erklärte dieser, daß ihn die Geschichte der Palästinenser an die eigene Erfahrung Südafrikas mit Rassen-trennung und Unterdrückung erinnere. Seine Nation könne daher nicht teil-nahmslos zusehen, wie eine »neue Generation von Palästinensern« benachteiligt werde, meinte Pandor. So habe deshalb auch seine Regierung die anhaltende Beset-zung wichtiger Teile der West Bank durch Israel als eklatante Völkerrechtsverlet-zung gebrandmarkt. Der palästinensische Außenminister Riad Malki, der an dem Treffen am Kap teilnahm, meinte dazu: »Wenn es ein Land oder Länder gibt, die das Leid und das Ringen Palästinas für Freiheit und Unabhängigkeit versteht, dann sind dies der afrikanische Kontinent und die Menschen Afrikas.« Pandor will die Causa Palästina nicht ruhen lassen und vor die UNO bringen. Auf der UNO-Voll-versammlung soll dann Israel als Apartheid-Staat eingestuft werden. (Quelle: *tachles.ch*)

Kriminelle Afghanen eingeflogen. Einem Bericht des *Focus* zufolge kamen bei der Evakuierungsmission von Kabul in die BRD im vergangenen Jahr auch vierzig af-ghanische Straftäter an Bord. Erst nach der Landung seien die Kriminellen identifi-ziert worden, wobei sechs von ihnen mit deutschen Haftbefehlen wegen Vergewal-tigung, Drogenhandel und Unterstützung terroristischer Gruppen gesucht waren. Die Masse dieser Leute soll bereits vor Jahren aus Deutschland abgeschoben wor-den sein. Nach ihrer Festnahme stellten sie Asylanträge. Für die Rettung der etwa 100 deutschen Staatsbürger soll die Bundesregierung den Taliban ein hohes Schutz-geld gezahlt haben. Der KSK-Hubschraubereinsatz in Kabul zur Evakuierung soll erst nach einem diesbezüglichen Stillhalteabkommen zwischen den USA und den islamistischen Milizen durchgeführt worden sein. (Quelle: *Focus*)

Höcke-AfD Nummer 1. Im rot-rot-grün regierten Thüringen liegt seit Monaten die AfD unter Parteichef Björn Höcke konstant souverän an erster Stelle, und zwar mit gut 26 %. Die Partei des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow sackte um gut 8 % auf etwa 22 % ab. Die CDU, die das Linksbündnis im Landtag stützt, verlor ebenfalls, aber nur leicht und landete bei 20 %. SPD und Grüne profitieren leicht von der Schwäche der Linken. Die FDP muß mit 5 % um den Wiedereinzug bangen. Regu-lär sind erst wieder im Herbst 2024 Landtagswahlen in Thüringen. (Quelle: *politpro.eu*) Im Land Brandenburg mußte diesmal die SPD eine Schockumfrage zur Kenntnis nehmen: Die AfD in Brandenburg ist laut einer Umfrage derzeit stärkste Kraft in dem Bundesland. Die Partei kommt auf 25 Prozent und damit fünf Prozentpunkte mehr als bei der letzten Insa-Befragung vor einem Jahr. Die SPD erreicht mit 22 Prozent den zweiten Platz, gefolgt von der CDU mit lediglich 17 Prozent. (Quelle: *jungefreiheit.de*) Und die letzte Umfrage-Sensation im Norden: Laut einer Infratest-

dimap-Umfrage kommen die politischen Verhältnisse nun auch in Mecklenburg-Vorpommern ins Rutschen. Die AfD könne dort massiv zulegen und hole beinahe die als uneinholbar geltende SPD ein. Die SPD sackt von 40 auf 28 Prozent ab. Die AfD legt um 7 Punkte zu und kommt nun auf 24 Prozent. Bei der Bundestagswahl läge die AfD sogar nur noch ein Prozent hinter der SPD. (Quelle: *jungefreiheit.de*, 20.10.22)

SPD und Linke verlangen AfD-Verbot. Für die AfD gibt es momentan nur eine Richtung: nach oben. Laut Insa-Umfrage ist sie in Mitteldeutschland sogar stärkste Kraft (Stand Oktober 22). Der politische Gegner gerät ins Straucheln. So hat beispielsweise die Erfurter Landtagsabgeordnete Dorothea Marx (SPD) ganz einfach ein Verbot der AfD gefordert. »Die Zeit ist reif«, sagte Marx. Vor allem der Thüringer Landesverband müsse schnell verboten werden. »Haß und Hetze der AfD dürfen nicht länger mit demokratischer Meinungsfreiheit gleichgesetzt werden.« Der frühere Linke-Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi hat einen Ausschuß rechter Gruppen auf den sogenannten Montagsdemonstrationen gefordert. Diese müßten zukünftig so organisiert werden, »daß die Rechten keine Chance haben«, meinte er. (Quelle: *berliner-zeitung.de*)



Bystron freigesprochen. Trotz eines Videos einer AfD-Wahlkampfveranstaltung, auf der der tschechischstämmige Bundestagsabgeordnete Petr Bystron gesprochen und dieser sich völlig rechtskonform verhalten hatte, bekam er eine Anklage wegen eines sog. Hitler-Grüßes, den er entboten haben soll. Auch der *Spiegel* hatte seine Zweifel an der Causa. Dennoch kam es zum Prozeß, in dem Bystron freigesprochen wurde. Da die Staatsanwaltschaft eine weisungsabhängige Behörde ist, war es politisches Kalkül, den rechten Politiker vor Gericht zu zerren, obwohl die Sachlage eindeutig war. (Quelle: *Mittel-europa*)

Alles nochmals auf neu. Nach der Pannenwahl in Berlin steht wahrscheinlich eine Wiederholung an. »Nur eine vollständige Wiederholung der Wahl könne einen verfassungskonformen Zustand herbeiführen, erklärte die Präsidentin des Berliner Verfassungsgerichtshofs Ludgera Selting. Der deutsche Bundesverfassungsrichter Peter Müller verglich im Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Berliner Wahlpannen vom September 2021 mit Zuständen wie in einer Diktatur. »So etwas hätte man sich vor einigen Jahrzehnten vorstellen können, in irgendeinem diktatorischen sogenannten Entwicklungsland, aber doch nicht mitten in Europa, mitten in Deutschland.« (Quelle: *philosophia-perennis.com*) Politische Beobachter sind einhellig der Meinung, daß eine Wahlwiederholung erhebliche Folgen auf dem politischen Schachbrett Berlins haben würde. Ein Urteil des Gerichts werde am 16. November 2022 erwartet. Die Wahl müßte dann innerhalb von 90 Tagen wiederholt werden, so daß der letztmögliche Wahltermin der 12. Februar 2023 wäre.

Weizsäcker-Platz in Schöneberg. Ohne die Bevölkerung zu befragen, entschied die Bezirksregierung von Tempelhof-Schöneberg, den Kaiser-Wilhelm-Platz im

Herzen des Berliner Bezirks in Richard-von-Weizsäcker-Platz umbenennen. Damit zogen sich die verantwortlichen Politiker den Zorn zahlreicher Bürger zu. Selbst Migranten bedauerten, daß »wieder ein Stück preußischer Herkunft verlorengegangen« sei. Wäre es nach der SPD gegangen, hätte man eine Frau als Namensträgerin genommen. Indes rächten sich patriotische Aktivisten am Vorgehen der Bezirkspolitiker und malten Sprüche auf Rednerpult, Tische und Bänke der



Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Schöneberger Rathaus, und zwar mit den Worten »Wir wollen unsern Kaiser-Wilhelm-Platz wieder«. Ihnen war es gelungen, sich unbemerkt Zugang zum Gebäude zu verschaffen. (Quelle: *unzensuriert.at*)

Anklage gegen 98jährigen. Zum ersten Mal geht nun eine Staatsanwaltschaft in der BRD gegen einen Wachmann eines Kriegsgefangenenlagers der Wehrmacht vor. Dem 98jährigen wird in der Anklage Beihilfe zum grausamen Mord in 809 Fällen vorgeworfen. Es handelt sich um das damalige Stammlager Wladimir-Wolynsk (Stalag 365) in der Westukraine, in dem der Angeklagte als Angehöriger eines Landschützenbataillons der Wehrmacht von November 1942 bis März 1943 Wachdienst versehen haben soll. Sein Verbrechen soll darin gelegen haben, daß er mit seiner Anwesenheit das Sterben vieler sowjetischer Gefangener auf Grund von Hunger und Krankheiten »unterstützt« habe. Dazu unterstellt die Anklagebehörde das Mordmerkmal »grausam«. Während bislang nur Angehörige von KZ-Wachmannschaften bzw. Angestellte solcher Lager angeklagt und verurteilt wurden, ist diese Art der Anklage neu. (Quelle: *tagesschau.de*)

Polen fordert Reparationen in Billionenhöhe. Für erlittene Weltkriegsschäden fordert Polen von Deutschland Reparationen in Billionenhöhe und unterzeichnete Reparationsforderungen über 1,3 Billionen Euro. Der polnische Außenminister Zbigniew Rau unterschrieb nun eine diplomatische Note mit entsprechenden Forderungen. Man wolle die Folgen der deutschen Aggression endgültig regeln. Die Bundesregierung lehnt die Forderung nach Reparationen ab. Sie beruft sich dabei auf den »Zwei-plus-Vier«-Vertrag von 1990 über die außenpolitischen Folgen der deutschen Einheit. (Quelle: u.a. *welt.de*, 4.10.22)

28 Mio. Euro für 11 Israelis. Wegen der über ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Tötungsaktion palästinensischer Terroristen am Rande der Olympiade in München zahlen Bundesregierung, Freistaat Bayern und Stadt München stolze 28 Millionen Euro (22,5 Mio. zahlt der Bund, eine halbe Million die Stadt) an die



Annie Ernaux



Michael Stürzenberger



Alois Windisch

Hinterbliebenen der elf getöteten israelischen Sportler und Betreuer. Den deutschen Sicherheitsbehörden wird ein eklatantes Versagen beim Befreiungsversuch der Geiseln unterstellt. Daher fordern auch die Angehörigen der Toten eine offizielle Entschuldigung der Sicherheitsbehörden für ihr Verhalten. Die Bundesregierung setzte zudem eine Historikerkommission zur Untersuchung dieser Aktion ein. (*tachles.ch*)

Nobelpreisauszeichnung als »fatales Fanal«. Die 80jährige Annie Ernaux, die als eine der bedeutendsten französischsprachigen Schriftstellerinnen unserer Zeit gilt, erhielt den Nobelpreis für Literatur 2022. Ihre Romane erscheinen in deutscher Sprache im renommierten Frankfurter Suhrkamp-Verlag. Ernaux, die sich unverhohlen für Boykotte gegen Israel ausspricht, wird eine Nähe zur BDS-Bewegung vorgeworfen. BDS steht für ›Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen‹ und richtet sich unter anderem gegen Waren aus Israel sowie die Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft. Bereits kurz nach der Bekanntgabe des Nobelkomitees waren in der israelischen Presse Antisemitismus-Vorwürfe gegen die Autorin laut geworden. Zentralrats-Präsident Josef Schuster hält die Auszeichnung der Autorin für »verstörend«.

Haft für Stürzenberger. Der konservative islamkritische Aktivist Michael Stürzenberger wurde von einem Hamburger Richter wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Grundlage hierfür war der Auftritt des einstigen CSU-Mannes bei einer Kundgebung der Bürgerbewegung ›Pax Christi‹ in Hamburg Anfang Oktober 2020. Dort hatte Stürzenberger den politischen Islam und dessen Greuelthaten angeprangert. Dabei differenzierte er jedoch eindeutig zwischen brutalen islamischen Tätern und friedlichen Moslems. Anhand von Fakten vom Bundeskriminalamt wies er auf Straftaten islamischer Flüchtlinge in der BRD hin. Trotz dieser Tatsachen wurde ihm Volksverhetzung unterstellt. (Quelle: *unzensuriert.at*)

Deserteur als Namensträger? Nun geht auch in Österreich die Seuche der Kasernenumbenennungen um. So beschloß Mitte Oktober der Nationalrat in Wien – gegen die Stimmen der FPÖ – die Umbenennung der Windisch-Kaserne in Klagenfurt. Sie war im Jahre 1875 erbaut, im Zweiten Weltkrieg teilweise zerstört und 1955 wiederaufgebaut worden. 1967 bekam sie ihren Namen. Dabei soll an Generalmajor Alois Windisch erinnert werden. Der einstige k.u.k. Offizier war einer von nur zwei Soldaten, die sowohl im Ersten Weltkrieg Träger des Maria-Theresia-Ordens als auch im Zweiten Weltkrieg des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes waren. Windisch war NS-Gegner und sollte eigentlich 1938 als Oberst in den Ruhestand ver-

setzt werden. Der Kriegsausbruch 1939 verhinderte dies. Als Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 139 befehligte er einen Eliteverband, der an der Eroberung von Narvik beteiligt war. Wegen seines Einsatzes auf dem Balkan 1943/44 wurde ihm nach Kriegsende vom Tito-Regime der Prozeß gemacht. Trotz haltloser Vorwürfe wurde er zum Tode verurteilt, jedoch 1952 nach Intervention seiner Familie und des österreichischen Bundespräsidenten Theodor Körner, eines Sozialdemokraten, nach Kärnten abgeschoben. Auf Drängen der Grünen soll die Windisch-Kaserne bald den Namen des Wehrmachtsdeserteurs Richard Wadani tragen. Der Fahnenflüchtige trat nach 1945 der KPÖ bei, die er erst 1970 verließ. Wadani bewirkte auch 2003, daß das Ehrengrab für den hochdekorierten Fliegermajor Walter Nowotny von der Stadt Wien aberkannt wurde. Er starb im Frühjahr 2020 im 98. Lebensjahr. (Quelle: *Kameradschaft GebJgRgt 139*)

Gegen Impfpflicht. Einen mutigen Beschluß faßte Ende September ein Bundeswehrrichter des Truppendienstgerichts Süd. Er setzte im Rahmen einer Eilentscheidung die Vollstreckbarkeit einer noch nicht rechtskräftigen Disziplinarbuße vorläufig aus. Der Soldat war sanktioniert worden, weil er sich geweigert hatte, dem Befehl seiner Kompaniechefin zu folgen, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen. In der Bundeswehr besteht eine Impfpflicht für Soldaten. Der Richter wendete sich gegen Kadavergehorsam, befürwortete »Zivilcourage« und kritisierte die Kompaniechefin, daß sie bedenkenlos die Impfpflicht in ihrer Kompanie umsetzen ließ, ohne sich über mögliche negative Folgen zu informieren. Der Richter zog die Verbindlichkeit eines solchen Befehls auf Grund möglicher Gesundheitsgefahren in Zweifel, so daß die Verweigerungshaltung des Soldaten womöglich berechtigt war und demnach nicht bestraft werden durfte. Letztlich wird in einer Verhandlung, in der zwei Schöffen (Soldaten) und besagter Richter nach Anhörung diverser Gutachter entscheiden werden, Klarheit erzielt werden. Sollte dann der Richterspruch »halten«, könnte die nächsthöhere Instanz diesen wieder kippen. (Quelle: *Berliner Morgenpost*)

FPÖ stimmt mit KPÖ. Wenig Beachtung fand in freiheitlichen Kreisen der in einem Grazer Bezirk einstimmig gefaßte Beschluß, eine kleine Straße nach einer kommunistischen Widerstandskämpferin, die als Stalinistin nach dem Zweiten Weltkrieg karitativ tätig gewesen sein soll, zu benennen. Die FPÖ-Bezirksräte Jutta Poglitsch und Horst Steinberger hatten dem Antrag auch zugestimmt, um die positive Gesprächsbasis zur KPÖ nicht zu verlieren, wie sich erstere auf Nachfrage rechtfertigte. Und im Grazer Gemeinderat sorgte Ende September eine Resolution für Aufsehen, in der es darum ging, sich zu den für das neutrale Österreich schädlichen Rußland-Sanktionen zu bekennen. Bei der Abstimmung im Grazer Rathaus lehnten dies nur FPÖ und KPÖ ab. Indes ist der kommunistische steirische Landtagsabgeordnete Werner Murgg stark unter Druck. Dieser hatte Reparationszahlungen der Ukraine an Rußland gefordert, und zwar für die »dann autonome Republik Donezk«, die Auswahl einer wenig effektiven Militärstrategie Moskaus mit der Folge des Stockens des russischen Vormarschs bedauert und die Ukraine als »Krüppelnation« bezeichnet. Ein Resolutionsantrag von Grünen und linkslibera-

len NEOS will Murgg zum Mandatsverzicht auffordern. SPÖ und vor allem FPÖ stehen dem skeptisch gegenüber. (Quelle: *Kleine Zeitung*)

Van der Bellen wiedergewählt. Bereits im ersten Wahlgang erreichte der amtierende österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen (VdB) die absolute Mehrheit. Bei einer Wahlbeteiligung von 65,2 % kam der 78jährige auf 56,7 %. Auf den zweiten Platz schaffte es – wie erwartet – der Kandidat der Freiheitlichen, Volksanwalt Walter Rosenkranz, mit 17,7 %. Das ist das zweitbeste Ergebnis eines FPÖ-Wahlbewerbers in der Zweiten Republik. Rang 3 belegte der Chef der Bierpartei, der linke Arzt Dominik Wlazny, der mit 35 Jahren gerade die erforderliche Altersgrenze überschritt und unter dem Pseudonym Marco Pogo eine gewisse Bekanntheit in der Alpenrepublik genießt. Dicht dahinter landete der langjährige Kolumnist der *Kronenzeitung*, der EU-kritische Rechtsanwalt Tassilo Wallentin, mit 8,1 %. Ebenfalls ein Achtungserfolg gelang dem Publizisten und Ex-Haider-Vertrauten Gerald Grosz. Der einstige FPÖ-Politiker und letzte Obmann des BZÖ kam auf 5,6 %. Weit abgeschlagen auf die Plätze sechs und sieben kamen der Vorsitzende der impfkritischen MFG (Menschen – Freiheit – Grundrechte), der Rechtsanwalt Michael Brunner, mit 2,1 % und der linksalternative Schuhfabrikant Heinrich Staudinger mit lediglich 1,6 %. Nur in Kärnten verfehlte der grüne Amtsinhaber VdB mit gut 44 % die absolute Mehrheit. Dort erzielte Rosenkranz auch die besten Ergebnisse: landesweit gut 25 %. In einigen Kärntner Gemeinden schaffte der FPÖ-Kandidat sogar nahezu die Absolute, was zeigt, daß das ehemalige ›Haider-Land‹ nach wie vor eine rechte Hochburg ist.

Erste Bank schafft Bargeldversorgung für Kunden ab. Mit der voranschreitenden Abschaffung des Bargeldes befinden wir uns auf dem Weg in die digitale Kontrolle. Während die Deutsche Bank bereits bekannt gab, die Bargeldausgabe an den Schaltern in ihren Filialen abschaffen zu wollen, schließen deutschlandweit immer mehr Bankfilialen (nach Angaben der Bundesbank ist die Zahl der Zweigstellen in den vergangenen 20 Jahren von mehr als 54.000 auf zuletzt rund 21.700 zurückgegangen). Die Raiffeisenbank Hohtausnus geht dabei nun besonders weit: Sie schließt sämtliche Standorte ihrer Filialen, Ein- und Auszahlungen an Schaltern und Automaten werden unmöglich. (Quelle: u.a. *Tagesschau*, 14.10.22)

USA für Nord-Stream-Anschläge verantwortlich? Der US-Ökonom Jeffrey Sachs hat in einem Interview mit dem Nachrichtenportal Bloomberg einen Verdacht geäußert, wer für die Lecks in den Nord-Stream-1- und -2-Pipelines verantwortlich sein könnte. »Die Nord-Stream-Pipeline, denke ich, war eine Aktion der USA, vielleicht auch USA und Polen«, so Sachs im Interview. (Quelle: *berliner-zeitung.de*) Interessant und gleichsam bedenklich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Bundesregierung möglicherweise wichtige Informationen zu den Anschlägen auf die Gaspipelines – auch gegenüber dem Parlament – zurückhält. Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht hegt diesen Verdacht, nachdem sie drei Anfragen an das Wirtschaftsministerium sowie das Außenministerium gestellt hat. »Aus Gründen des Staatswohls« werde keine weitere Auskunft erteilt, hieß es. (Quelle: *berliner-zeitung.de*, 4.10.22)

Buchbesprechungen

Ich bin Deutscher

Bereits in der zweiten Auflage ist das Opus Magnum des *Compact*-Chefredakteurs Jürgen Elsässer erhältlich. Es ist die Autobiographie des agilen 65jährigen Schwaben, worin er seinen langen Weg als linker Aktivist, der ihn sogar bis zu den sog. Antideutschen führte, ins national(revolutionär)e Lager beschreibt. Anschaulich und ausführlich schildert er seine Politisierung, Erweckungserlebnisse wie etwa den Militärputsch gegen Chiles Staatspräsident Allende oder später den 11. September 2001, also 9/11, Erfahrungen von Demonstrationen in den 1970er Jahren, Zusammentreffen mit maßgeblichen Größen der BRD und des Auslandes, Auseinandersetzungen innerhalb des linken Lagers, sein Engagement bei orthodoxen kommunistischen Vereinigungen und ultralinken Postillen wie *Konkret* oder *Junge Welt*. Man erkennt unschwer, Elsässer, bestens vernetzt, war einer der maßgeblichen linken Aktivisten, die jahrzehntelang in der BRD politisch und publizistisch tätig waren. Nicht weniger umfangreich äußert sich der Buchautor zu seinem politischen Wandel hin ins nationale Lager. Während in der veröffentlichten Meinung gern sog. Aussteiger aus der rechten Szene präsentiert werden, findet man den umgekehrten Weg, also Personen, die das linke Lager verlassen und sich ins patriotische Umfeld begeben, eher selten.



Jürgen Elsässer:
Ich bin Deutscher – Wie ein Linker zum Patrioten wurde.
573 Seiten, €
29.90. COMPACT-Magazin GmbH, Berlin
2022

Annalen 2021

Krankheitsbedingt erschien erst im Spätsommer das traditionelle Jahrbuch des Nationalgeschehens, nämlich die *Annalen 2021* – und diesmal im 50. Jahr. 1972 hatte Verleger Helmut Sündermann, Stiefvater von Gert Sudholt, die erste Auflage dieses Jahrbuches veröffentlicht. Prominente Personen – vor allem Historiker, Juristen, Ärzte und Politiker – schienen binnen des letzten halben Jahrhunderts als Autoren auf. In der vorliegenden Ausgabe kommen Beiträge zur älteren und jüngeren Geschichte sowie zum aktuellen Politgeschehen vor, etwa eine Hommage an den erfolgreichen Dramatiker und Zeitgenossen Goethes, August von Kotzebue, ein Rückblick auf das Kriegsjahr 1941 oder die Ausrufung des Deutschen Reiches 1871 und dessen Weg bis 1945. Interessant ist auch die auf 30 Seiten komprimierte Zusammenfassung der wissenschaftlichen Studie über die Wehrmachtgerichtsbarkeit, die der ehemalige Schriftleiter der *Aula* und Vorsitzende der GfP im Rahmen seiner rechtswissenschaftlichen Dissertation verfaßte. Mit aktuellen Themen setzen sich Autoren auseinander, die die Klima- und Covid-Politik der letzten drei Jahre, das vergangene Superwahljahr 2021 sowie das Versagen der Medien als sog. vierte Gewalt beleuchten.



Gert Sudholt (Hg.): **Annalen 2021** – Das Jahrbuch des Nationalgeschehens.
240 Seiten, €
21.80. Druffel & Vowinkel Verlag, Gilching
2022

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Mitglieder und Freunde der GfP,

Sie haben die neue Ausgabe des »Freien Forums« in der Hand. Daß sie Ihnen mit einiger Verspätung ausgeliefert wurde, liegt vor allem an den zeitaufwendigen Vorbereitungen unseres diesjährigen GfP-Kongresses Ende September und der damit verbundenen Suche nach einem neuen Domizil. Wir bitten um Verzeihung.

Wie in unserer Einladung angemerkt, konnten wir im Großraum Eisenach ein sehr schönes und großes Hotel buchen, das den Erwartungen der Kongreßteilnehmer voll entsprochen hat. Der Kongreß stand unter dem Motto »Deutschland im Krisenmodus. Corona-Wahnsinn, Klimahysterie, Kriegspropaganda«. Eine Kongreßbroschüre mit dem vollständigen Text der gehaltenen Vorträge soll Anfang des kommenden Jahres erscheinen. Die GfP-Mitglieder erhalten diese Broschüre kostenlos, aus Kostengründen wahrscheinlich zusammen mit der ersten Ausgabe des »Freien Forums« 2023.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung, die am Freitag, dem 23. September 2022, stattfand, stand die Neuwahl des Vorstands. Erfreulicherweise wurden zwei jüngere Personen, die in nationalen Kreisen sehr aktiv sind, in den Vorstand gewählt. Die GfP hofft, daß auf diese Weise neue Kreise mit jungen Menschen erschlossen werden können. Überhaupt sind WIR ALLE gefordert, neue Mitglieder, insbesondere jüngere, im Kampf um die »freie Publizistik« zu gewinnen.

In vielen Einzelgesprächen mit Kongreßteilnehmern konnte ich feststellen, wie wichtig unser *Freies Forum* ist. Der alltägliche Wahn ist anscheinend nicht aufzuhalten. Die von grün-roter Seite angefeuerte Politik der gewollten Verknapfung wird sich verheerend auswirken, und die klaglose Akzeptanz der Deutschen ist haarsträubend. Aufklärung tut not: Das *Freie Forum* wird sich weiterhin dieser Aufgabe stellen. Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben.

Ihre Margret Nickel

**Konto für Beiträge
und Spenden:**
Beilagenhinweis:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK
IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07
Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal